

# Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Pant.-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besteller  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. - Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. - Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 12

Dienstag, den 15. Januar 1929

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 17. Januar 1929, abends 1/8 Uhr  
im großen Sitzungssaale des Rathauses.

#### Tagesordnung:

I. Wahl: a) des Stadtverordnetenvorstehers, b) des Stadtverordneten-Vizevorstehers,  
c) des Schriftführers. II. Kenntnisnahmen. III. Beratungen und Beschlusfassungen: 1) Ankauf  
von 2 Bildern für das Sitzungszimmer des Rates. IV. Anfragen und Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung

Pulsnitz, den 14. Januar 1929.

Karl Zimmermann, Stadtverordnetenvorsteher.

Mittwoch, den 16. Januar 1929, vorm. 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant  
zum Bürgergarten

2 Lehnstühle, 1 ovaler Tisch, 2 Herrenfahräder (gebraucht), 1 Tafel  
mit Fächern, 1 Schreibpult

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 15. Januar 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

## Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

## Das Wichtigste

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat ihm der jugoslawische  
Minister des Innern wegen eines Artikels über die Vor-  
gänge in Jugoslawien das Postrecht entzogen.

In ganz Polen sind bei geringem Frost starke Schneefälle zu ver-  
zeichnen. Der Eisenbahnverkehr ist erneut Störungen ausge-  
setzt. Wie die Abendpresse berichtet, sind sämtliche Fernspre-  
leitungen mit Warschau und Wilna unterbrochen gewesen bezw.  
jezt noch gestört.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wütete am Montag im finnischen  
Meerbusen und Leningrad ein gewaltiger Schneesturm, der auf  
einige Zeit den gesamten Straßenverkehr lahmlegte. Auch die  
Eisenbahnlinien bei Leningrad sind derart verschneit, daß der  
Zugverkehr unterbrochen ist.

Am Montag früh wurde in Rom und in der Provinz Latium  
ein Erdbeben verspürt, das aber keinen Schaden anrichtete.  
Auch in mehreren Orten der Abruzzen wurden Erdstöße wahr-  
genommen, die unter der Bevölkerung eine Panik verursachten.

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten

(Ein Umschwung der Witterung) ist am  
Sonntag eingetreten, es ist nicht mehr so kalt wie an den  
letzten beiden Tagen der vergangenen Woche. Nach dem  
Bericht der Landeswetterwarte vom 13. Januar haben die  
milderen Luftmassen ozeanischer Herkunft, die auf der Rück-  
seite der sehr kräftig gewordenen nordosteuropäischen Depres-  
sion strömen, wie erwartet, sich nunmehr auch in unserem  
Gebiet durchgesetzt, so daß hier im Flachlande um Null  
Grad liegende Temperaturen zur Beobachtung gelangen.  
Ueber Südwestdeutschland liegen dagegen noch die Reste der  
Kälte und es hatten dort Frankfurt 10 Grad, Bamberg  
14 Grad Kälte. Durch die verschärften Luftdruckunterschiede  
haben die Winde besonders in höheren Lagen an Stärke  
wesentlich zugenommen. Die Bewölkung ist stark und es  
kommt auch zu Schneehauern. Zunächst verbleiben wir  
unter Rückfluteneinfluß der oben erwähnten Depression.

(Auf Einbahnstraßen sind Fahrzeuge  
links zu überholen.) Viele Automobilisten sind sich,  
wie die Erfahrung lehrt, über die lästige Art der Ueberhol-  
lung auf Einbahnstraßen noch nicht im klaren. Nach § 21  
der Kraftverkehrsordnung hat der Führer eingeholte andere  
Wagenbenutzer auf der linken Seite zu überholen. Nur  
Schienenfahrzeuge sollen rechts überholt werden. Die Vor-  
schrift des § 21 ist, wie der Verband Sächsischer Automo-  
bilbesitzer e. V., Dresden, unter Hinweis auf ein neueres  
Kammergerichtsurteil (8 S 74/28) mitteilt, so allgemein ge-  
faßt, daß eine Ausnahme für Einbahnstraßen nicht anzu-  
nehmen ist. Es kann sich auch keine abweichende Uebung  
herausbilden, solange die betreffende Vorschrift der Kraft-  
verkehrsordnung nicht aufgehoben ist. Im übrigen können  
Einbahnstraßen in der ganzen Breite befahren werden, was  
ja auch dem Hauptzweck ihrer Einrichtung entspricht.

(Aus den sächsischen Verordnungsblät-  
tern.) Das Verordnungsblatt des sächsischen Ministeriums  
für Volksbildung Nr. 1 vom 10. Januar enthält Bekannt-  
machungen über die mittlere Reife, über Stundentafeln für  
die Obertertia, über Grundzüge für die Gewährung von Er-  
ziehungsbeihilfen, über Beurteilungen zur Vorbereitung auf  
die Gewerbeprüfung, über Lehrgänge zur Ausbildung  
von Schullehrerlehrgängen und über Studienreisen nach  
England. Das Justizministerialblatt für den Freistaat Sach-  
sen Nr. 1 vom 10. Januar enthält eine Verordnung über  
das Verfahren in Gnadenjahren. Danach haben die Justiz-  
behörden sich aller Zusicherungen zu enthalten, durch die in  
einem Beschuldigten oder Beurteilten die Hoffnung auf Be-

## Wiederaufnahme der politischen Besprechungen

### Reichskanzler Müller wieder in der Reichshauptstadt

Die Berliner Presse zu Morgans Teilnahme an der Sachverständigen-Konferenz — Die Berliner Presse zum Rücktritt  
Amanullahs

Reichskanzler Müller ist von seinem Erholungs-  
urlaub am Titisee nach Berlin zurückgekehrt. Damit wird  
nunmehr in Berlin eine Reihe wichtiger Besprechungen ein-  
setzen, vor allem wird sich das Kabinett mit dem Etat für  
1929 beschäftigen müssen. Allerdings sind die Gegensätze  
der Parteien in der Etatfrage außerordentlich groß. Aber  
noch viel erruher ist der Stand der Reparationsfrage zu  
werten, als die Haltung der Parteien zum Etat des Reichs-  
finanzministers Dr. Gilsberg.

Die Meldungen aus Paris und Washington lassen er-  
kennen, daß man der Sachverständigenkonferenz deutlicher-  
seits ohne große Hoffnungen gegenübersehen muß. An-  
gebracht wäre also die Bildung einer festen Reparations-  
regierung in Berlin. Es kommt aber auf Reichskanzler  
Müller an, die Initiative zu der nötigen Aenderung in der  
Zusammenfassung der Reichsregierung zu ergreifen.

Was den Etat betrifft, so kommt es bei den bevor-  
stehenden Steuertämpfen darauf an, eine Vermehrung der  
Einkünfte zu verhindern, durch die die soziale Not der  
breiten Volksmassen verschärft wird. Sehr  
wertvoll ist ein Vorschlag des „Berliner Börsen-Kuriers“,  
die längst

anzustrebende gleichmäßige Besteuerung der Erwerbs-  
unternehmungen der öffentlichen Hand  
durchzuführen, durch die ein ganz erheblicher Teil des ge-  
waltigen Defizits des Reichshaushaltungsplans getilgt wer-  
den könnte. Wir wissen, daß ein unerhört hoher Steuer-  
druck auf dem Volke lastet. Daher müßte Steuer-  
senkung, nicht Steuererhöhung, das Ziel der  
deutschen Finanzpolitik sein. Ein Mittel hierzu ist  
äußerste Sparsamkeit der öffentlichen  
Hand.

Die Stellung der Deutschnationalen Volks-  
partei zum Reichsetat ist dahingehend, daß die Deutschna-  
tionalen ihrerseits Anträge im Reichstag stellen werden,  
wie die Deckung des Defizits erfolgen soll. Die Deutschna-  
tionalen werden aber auf keinen Fall Steuern zustimmen  
können, die sie für unmöglich halten, und werden  
darauf dringen, daß die volle Verantwortlichkeit der Par-  
teien für neue Steuern festgestellt wird. Die „Kreuzzeitung“  
schreibt hierzu: „Wenn sich etwa die Deutsche Volkspartei  
denkt, sie könnte z. B. die Umsatzsteuer oder eine Besteue-  
rung der öffentlichen Hand gegen die Sozialdemokratie mit  
bürgerlicher Mehrheit durchsetzen und andere namentlich der  
Landwirtschaft abträgliche Steuern mit der Sozialdemo-  
kratie unter Dach bringen, so ist sie vollständig auf dem  
Holzwege.“

## Morgan fordert Festsetzung der Reparationsendsumme?

In Berlin über die Ernennung der amerikanischen Sach-  
verständigen nichts offiziell bekannt.

Berlin. Von der Ernennung des amerikanischen Groß-  
bankiers Pierpont Morgan zum amerikanischen Sach-  
verständigen für die bevorstehenden Reparationsverhand-  
lungen ist offiziell in Berlin nichts bekannt. Es sei aber  
darauf hingewiesen, daß Morgan einer derjenigen Ameri-  
kaner war, die während des Weltkrieges gegen Deutschland  
jetzt und der die Vereinigten Staaten zur Teilnahme  
am Weltkriege bewogen hat.

Wie aus New York gemeldet wird, ist Morgans Er-  
nennung auf Parker Gilberts Bemühungen zurückzuführen.  
Morgan und Young seien so stark, um ohne Vor-

sitzende zu sein, als Schlichter auf der Sachverständigen-  
konferenz auftreten zu können. In amerikanischen Finanz-  
kreisen wird eine einflußreiche amerikanische Vertretung auf  
der Konferenz für unbedingt erforderlich gehalten. Morgan  
werde auf der Konferenz nach der amerikanischen Presse er-  
klären: „Die amerikanischen Bankiers halten es in ab-  
sehbarer Zeit weder für praktisch noch wünschenswert, einen  
Vertrag für die Unterbringung der Reparationsbonds in  
Amerika zu machen.“ Morgan werde verlangen, daß vor  
allem die Jahresleistungen und die Endsumme der  
Daweszahlungen Deutschlands festgesetzt werde.

Der New-Yorker Großbankier Pierpont Morgan  
wollte vor kurzem in Paris, zugleich mit Parker Gil-  
bert und dem englischen Schatzkanzler Churchill und  
jatte Besprechungen mit Poincaré und dem Gouver-  
neur der Bank von Frankreich, Moreau. Es sicherte  
durch, daß die Ausprache der Reparationsfrage gegolten  
habe, vor allem einer Kommerzialisierung der deutschen Re-  
parationsschulden. Eine Pariser Zeitung macht darauf auf-  
merksam, daß der Dawesplan fast ausschließlich das Werk  
Dwain Youngs gewesen sei.

## Die Berliner Presse zu Morgans Teil- nahme an der Sachverständigenkonferenz

Berlin, 15. Januar. Die bevorstehende Ernennung  
Morgans zum Mitglied der Sachverständigen-Kommission  
gibt verschiedenen Berliner Blättern Veranlassung zu ein-  
gehender Stellungnahme. Die „Germania“ weist darauf hin,  
daß im Zusammenhang mit der sogenannten Kommerzialisie-  
rung der Reparationsschuld der Name Morgan geradezu  
ein Programm bedeute und dieses Programm heiße geschäfts-  
mäßige Behandlung der Reparationsfrage von kaufmännischen  
Gesichtspunkten aus und möglichst unbeschwert durch Rück-  
sichten der internationalen Politik. — Die „Deutsche Ta-  
geszeitung“ sagt, Morgan habe bisher als eifriger Partei-  
gänger der Entente gegolten. So bestehe zweifellos eine  
gewisse Gefahr, daß Morgans Entschlüsse und Entscheidungen  
in der Sachverständigenkonferenz von dem Wunsche bestimmt  
würden, Deutschland in möglichst großem Umfange zahlen  
zu lassen, wozu ja der Bericht Parker Gilberts einen guten  
Vorwand zu liefern geeignet sei. — Das „Berliner Tage-  
blatt“ sagt in einer Würdigung der Bedeutung Morgans  
als Weltbankier, obwohl man in ihm eine durchaus objek-  
tive, geschäftlich denkende Persönlichkeit erblicken könne, dürfe  
nicht verschwiegen werden, daß Morgan auch persönlich an  
dem Ausgang der Pariser Konferenz interessiert ist, da Eng-  
land, Frankreich, Italien und Belgien einen erheblichen Teil  
der von ihm in den Vereinigten Staaten untergebrachten An-  
leihen noch nicht getilgt hätten, dies aber mit Hilfe des Er-  
löses der deutschen Reparationsbonds in mehr oder minder  
großem Umfange zu tun beabsichtigten. — Die „D.N.Z.“  
sieht darin eine überraschende Wendung, daß der Newyorker  
Finanzmagnat aus seiner sonst mehr zentral dirigierenden  
Tätigkeit heraus auf die allgemein sichtbare Bühne der gro-  
ßen Politik tritt. Das Blatt meint, daß ihm die Tatsache,  
daß er als eine der größten Finanzautoritäten der Welt  
gelte, hohe Verpflichtungen in seiner Stellungnahme auferlege.